



i **Abgewandert.** Abiturienten ziehen Hochschulen vor, die keine Gebühren verlangen. Schon 2007 entschieden sich viele fürs Studieren in einem **gebührenfreien** Land. Eine Untersuchung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg – wo Studenten zahlen **müssen** – bestätigte, dass sich im vergangenen Wintersemester **weniger** Jungakademiker als im Vorjahr eingeschrieben hatten – zum ersten Mal seit acht Jahren.

Abgefragt. Relativ zufrieden zeigten sich Studenten in Bayreuth mit der Verwendung ihrer Gebühren – allerdings bewerten sie den Einsatz **durchschnittlich** auch nur mit der Schulnote 3,75. Besonders **zornig** zeigten sich bei der Befragung durch die Uni Hohenheim die Akademiker in Wuppertal (5,37) und Duisburg-Essen (5,34). Mindestens 100 Studenten wurden an jeder der 54 Universitäten nach ihrer Meinung gefragt – insgesamt mehr als 6100. Note im Schnitt: 4,55.

Zeugnis für Universitäten
Zufriedenheit von 1 bis 6 (Schulnoten)

1	Bayreuth	3,75
2	Clausthal Zellerfeld	3,81
3	Konstanz	3,89
4	RWTH Aachen	3,93
	Bamberg	3,93
6	München (TU)	4,07
7	Regensburg	4,16
8	Passau	4,17
9	Würzburg	4,19
	Ulm	4,19

SE-Gespann, Quelle: Universität Hohenheim

Abgesichert. Der Geldsegen soll eigentlich für die Verbesserung von Lehre und Studium verwendet werden. Es geht aber auch anders. So hielt es die Universität des Saarlands für eine gute Idee, **jeden** Studenten mit einem USB-Stick auszustatten, Kosten pro Stück: 15 Euro. **Machte** laut Uni circa 120 000 Euro für ein Utensil, das Studenten **günstig** selber kaufen können oder schon besitzen. Dafür prangt auf jedem Stick das Logo der Saarländer: eine Eule.

Abgezweigt. Ein Teil des Geldes fließt in die Verwaltung. Oder in Baumaßnahmen: Die Uni Gießen ließ einen Parkettboden einziehen, die Unis in Ulm und Freiburg wollten gestiegene Heizkosten durch Studiengebühren decken, die RWTH Aachen führte Elektroarbeiten durch. Und in Wuppertal mietete die Uni ein Kino an, weil die Hörsäle **überfüllt** waren – Shuttle-Service für die Studenten inklusive. Außerdem gab's zu Testzwecken eine bessere Beleuchtung.

Neureich und ratlos

Mittlerweile sind 70 Prozent der Studenten in Deutschland Gebührenzahler. Es versteht sich von selbst, dass sie wissen wollen, wo ihr Geld bleibt. In vielen Fällen ist es fragwürdig angelegt

Von **Birgit Taffertshofer**

Am liebsten wäre Franz Bozsak, die Studiengebühren würden wieder abgeschafft – deutschlandweit. Doch der 24 Jahre alte Luft- und Raumfahrttechnikstudent aus Stuttgart ist Pragmatiker und weiß, dass das derzeit unrealistisch ist. Deshalb will er sich zumindest dagegen wehren, dass das Geld der Studenten für unnütze Anschaffungen verbraten wird. Zusammen mit 20 Mitstreitern hat Bozsak in Anlehnung an den Bund der Steuerzahler kürzlich den „Bund der Studiengebührenzahler“ gegründet. Wie das prominente Vorbild plant Bozsak ein Schwarzbuch, in dem die Verschwendung der Studiengebühren exakt aufgelistet – und notfalls auch angeprangert wird. Dass diese Notwendigkeit durchaus bestehen könnte, glaubt nicht nur Bozsak. Die Mehrzahl der Studierenden ist äußerst unzufrieden, wie die Unis bisher ihre Gebühren verwendet haben.



Viele Studenten fordern: Geld zurück!
Foto: Vario Images

Derzeit müssen in den von der Union regierten Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland die Studierenden Gebühren bezahlen. Sukzessive seit Herbst 2006 verlangen die Hochschulen bis zu 500 Euro pro Semester. Der Osten und die Länder, in denen die SPD an der Regierung beteiligt ist, sind gebührenfreie Zone. Trotzdem sind fast 70 Prozent der deutschen Studenten Gebührenzahler. Mehr als 160 Universitäten und Fachhoch-

Was tun mit einer Milliarde mehr – Designer-Papierkörbe kaufen? Oder Sportgeräte?

schulen bekommen einen zusätzlichen Geldsegen von fast einer Milliarde Euro. Die einzige Vorgabe ist, dass das Geld nur für die Verbesserung von Lehre und Studium zu verwenden ist. Doch viele Unis machen mit dem Geld der Studenten offenbar, was ihnen gerade einfällt. „Die Unzufriedenheit der Studenten mit den Gebühren und ihrer Verwendung ist riesig“, sagt Markus Voeth, Studienleiter einer Untersuchung der Uni Hohenheim. Seine Mitarbeiter hatten mehr als 6100 Studenten an 54 Universi-

täten in ganz Deutschland befragt. Zwar erfüllt die Umfrage nicht die Anforderungen an eine repräsentative Studie, doch laut dem Marketing-Professor sei das zentrale Ergebnis nicht wegzu diskutieren: Fast drei Viertel der Befragten sahen bei der „Gebührenkompass-Studie“ keine Verbesserung der Situation an den Hochschulen seit Einführung des Bezahlstudiums. Die Verwendung ihres Geldes beurteilten sie auf einer Notenskala von eins bis sechs im Schnitt mit einer 4,55 und damit deutlich schlechter als im Vorjahr.

Die Wissenschaftsminister stellen sich selbst freilich sehr viel bessere Zeugnisse aus – oder sie besorgen sie sich bei den Hochschulrektoren. Bisher floss das Geld der Studenten vor allem in zusätzliches Lehrpersonal und Tutorien, um ein lernen in kleineren Gruppen zu ermöglichen. Die Hochschulen erweitern ihr Bibliotheksangebot sowie die Studienberatung, heißt es offiziell. Außerdem wurden vielerorts die IT-Infrastruktur, die Hörsaalausstattung und das Angebot an Fachsprachkursen ausgebaut. Für die Verwaltung werden nach den Beichten zwischen drei und sechs Prozent der Gesamteinnahmen verwendet. Die

unterfinanzierten Hochschulen bräuchten die Campus-Maut dringend, beteuern Politiker und Rektoren.

Doch inzwischen mehren sich Meldungen über kuriose Investitionen und gehortetes Geld. So häuften sich an manchen Universitäten gleich mehrere Millionen auf den Konten der Fachbereiche. In den Kapitalstock kam oft erst Bewegung, wenn die Universitätsleitung mit dem Rückruf des Geldes drohte. Zuletzt legte an der Uni Saarbrücken ein Hochschullehrer gemeinsam mit Studentenvertretern ein Veto ein: Da ihnen nichts einfällt, wofür sie das Geld sinnvoll ausgeben könnten, reichten sie einen Antrag ein, den Überschuss wieder zurückzuzahlen. Immerhin bräuchte die Geld-Zurück-Initiative jedem Studenten dieses Fachbereichs 100 Euro.

Solche Nachrichten zwingen auch die Politik zu Reaktionen. Nach Berichten über angehäufte Einnahmen an der Uni Köln mahnte der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP), die Hochschulen sollten die Gebühren notfalls senken. Dem kommen einige mittlerweile nach: Mitte Juli reduzierte der Senat der Bochumer Ruhr-Universität die Gebühren von 500

auf 480 Euro. Das „Aktionsbündnis gegen Studiengebühren“ feiert dies bereits als Teilerfolg auf dem Weg zurück zur Gebührenfreiheit. Nicht zuletzt befeuern auch die Entwicklungen in Hessen die Diskussion neu. Dort schaffte die neue linke Landtagsmehrheit kürzlich die Gebühren wieder komplett ab. Dass dem Beispiel andere Bundesländer folgen, daran glauben aber nur wenige. Viele Studenten setzen sich stattdessen, wie Franz Bozsak, für den sinnvollen Einsatz ihres Geldes ein. Als sinnvoll gilt den meisten all das, was den Hochschulalltag erleichtert: vom Beamer im Hörsaal bis zur besseren Betreuung, von zusätzlichen Veranstaltungen bis zu längeren Öffnungszeiten in den Bibliotheken. Zweifel kommen allerdings auf, wenn Unis mit dem Geld der Studenten Imagebroschüren erstellen, Designer-Papierkörbe kaufen oder Sportgeräte anschaffen.

Mittlerweile müssen die meisten Hochschulen zwar Rechenschaft über ihre Ausgaben ablegen, aber das beendet den Streit keineswegs. Studentenvertreter klagen über undetaillierte Angaben und zu wenig Transparenz, auch wenn es inzwischen viele Hochschulen gibt, die sich um Offenheit bemühen. Ernsthaft mitbestimmen, wohin das Geld fließt, dürfen Studenten aber fast nirgendwo. Zwar sitzen an den meisten Universitäten bereits heute

Experten verlangen mehr Einfluss der Studenten auf die Verwendung der Gebühren

Studierende in den Kommissionen, die über die Verwendung der Gebühren entscheiden, doch sind sie dort oft in der Minderheit.

Gebührenexperten wie Ulrich Müller vom wirtschaftsliberalen Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), das sich für die Einführung von Gebühren eingesetzt hat, empfehlen, dass der Einfluss der Studierenden auf die Verwendung ihrer Gebühren stärker werden sollte. Nur so könne man mehr Akzeptanz und Vertrauen unter den Studenten schaffen. Die Hochschulen müssten erst noch ein Gesamtkonzept für die Verwendung der Studiengebühren entwickeln. Bis dahin werden Franz Bozsak und seine Mitstreiter aber wohl noch viel Arbeit haben.